

Wolfgang Pollan*)

Die Stabilisierungspolitik der Niederlande in den letzten zwei Jahren

Als sich 1991 die Konjunktur, die wie in Österreich von der Wiedervereinigung Deutschlands Impulse bezogen hatte, bereits abschwächte, beschleunigte

Ein kurzer Rückblick

sich die Inflation auf nahezu 5% Gleichzeitig erhöhte sich der Lohnauftrieb

Damit ging eine lange Periode der Preis- und Lohnkostenstabilität zu Ende Im Gefolge eines Stabilisierungsabkommens im November 1982, das unter dem Eindruck einer Arbeitslosenquote von 12% geschlossen worden war, erhöhten sich die Verbraucherpreise von 1983 bis 1989 um nur 1,1% pro Jahr Bei einem durchschnittlichen Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen in der Privatwirtschaft von 1,4% (EG + 6,1%)

blieben die Lohnkosten je Produktionseinheit über diese Periode fast unverändert (+0,1% pro Jahr), während die Lohnstückkosten in der EG um 4,0% stiegen Die Arbeitslosenquote ging von 12% im Jahr 1983 auf 6,9% im Jahr 1992 zurück (Mesch, 1991)

Die Lohnmäßigung wird als einer der wichtigsten Gründe der eindrucksvollen Wende der Wirtschaftsentwicklung der Niederlande im Jahr 1983 gesehen Sie ermöglichte dem niederländischen Exportsektor, Marktanteile im Weltmarkt zu gewinnen, die niedrigen Gewinnmargen wieder aufzubessern und den Investitionsboom in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu finanzieren Damals scheint sich die Meinung gefestigt zu haben, daß für eine so offene Volkswirtschaft wie die Niederlande Lohnmäßigung nicht nur die Inflation dämpfen und damit die Gefahr einer

Wie in Österreich beschleunigte sich in den Niederlanden 1992 der Preis- und Lohnauftrieb. Es bestand die Gefahr, daß trotz des sich im Laufe des Jahres abzeichnenden Aufschwungs eine Preis-Lohn-Spirale entstehen könnte. Seit dem Frühjahr 1992 konzentrierten sich die Bemühungen der Regierung auf die Eindämmung der Inflation, die Erhaltung der in den achtziger Jahren gestärkten Wettbewerbsfähigkeit und, wie in den vergangenen Jahren, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In zwei Etappen gelang es der Regierung und den Sozialpartnern mit umfassenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Einkommenspolitik, der Steuer- und Sozialpolitik, den Binnenwert der Währung zu stabilisieren und gute Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen.

Preis-Lohn-Spirale bannen, sondern über die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit den Arbeitsmarkt entlasten würde (OECD, 1993).

Die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale

Die Beschleunigung des Preisauftriebs im Jahr 1991 ging zwar zu einem guten Teil auf die Erhöhung von indirekten Steuern und Gebühren zurück, geschah jedoch zu einem Zeitpunkt, als der Arbeitsmarkt nach Jahren der Aufwärtsentwicklung relativ angespannt war, der Lohnanteil im privaten Sektor signifikant gesunken, der Investitionsboom voll in Schwung und die Wirtschaftsaussichten noch günstig waren. Der Lohnauftrieb beschleunigte sich 1992 auf 5%, und es bestand die Gefahr, daß trotz des sich im

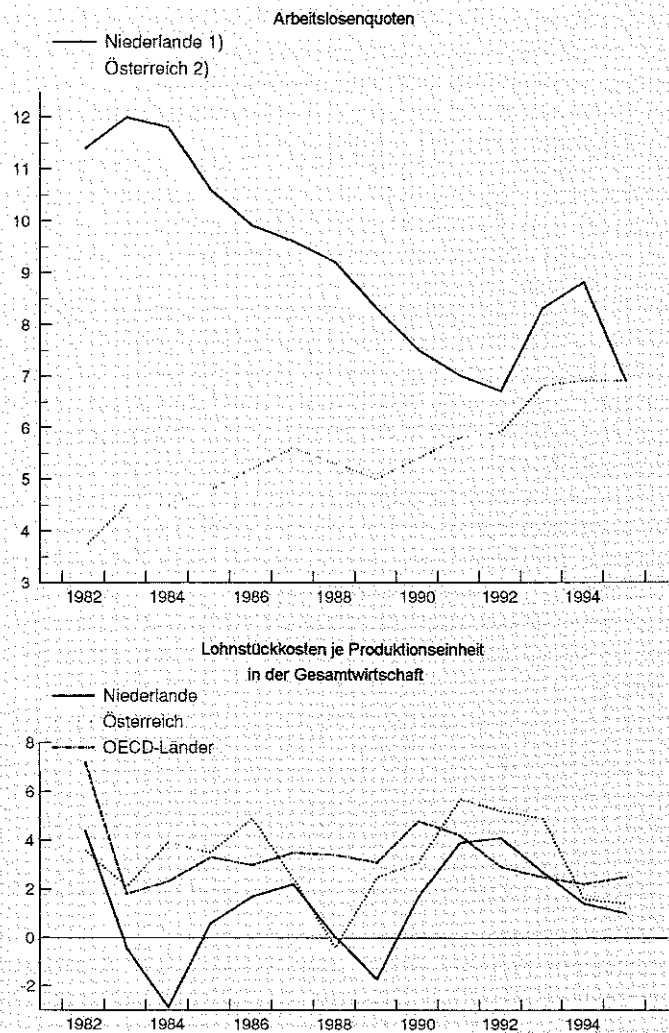
Laufe des Jahres 1992 abzeichnenden Abschwungs eine Preis-Lohn-Spirale entstehen könnte. Wenn sich auch die Stärke der niederländischen Wirtschaft — mit mittelfristigem Konsolidierungskurs und enger Bindung an die DM — in den Währungsturbulenzen des Herbstes 1992 erwies, indem der Gulden niemals unter Druck geriet, konzentrierten sich doch die Bemühungen der Regierung seit dem Frühjahr 1992 auf die Eindämmung der Inflation, Erhaltung der in den achtziger Jahren gestärkten Wettbewerbsfähigkeit und, wie in den vergangenen Jahren, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Noch 1990 lag die Inflation in den Niederlanden weit unter dem OECD-Durchschnitt Ende 1991 jedoch erreichte sie nahezu 5%; damit hatten die Niederlande ihre Position unter den Ländern mit der geringsten Inflationsrate verloren

*) Die Aufbereitung der statistischen Daten betreuten Eva Latschka und Annamaria Rammel Der Autor dankt dem Zentralen Planbüro, Den Haag für wertvolle Hinweise

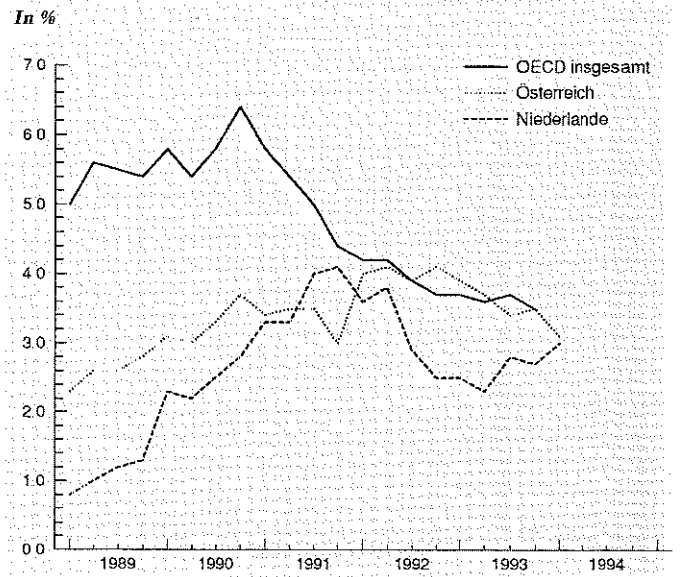
Arbeitslosenquoten und Lohnstückkosten

Abbildung 1



Die Inflationsrate in Österreich, den Niederlanden und der OECD

Abbildung 2



und waren innerhalb der EG auf einen der letzten Ränge zurückgefallen

Die Inflationsaussichten für 1992 und 1993 waren ungünstig: Bei sehr geringem Produktivitätswachstum mußte mit einem Anstieg der Tarifföhne um mindestens 4,5% gerechnet werden; darüber hinaus waren kostenerhöhende Belastungen von seiten der Regierung zu erwarten, deren Auswirkungen allerdings durch sinkende Einfuhrpreise vorerst verdeckt wurden. Die offiziellen Prognosen des Zentralen Planbüros rechneten mit einer Inflationsrate von 3,3% 1992 und von 3,5% 1993. Diese Raten wurden von den wirtschaftspolitischen Instanzen der Niederlande angesichts der schleppenden Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der steigenden Arbeitslosigkeit als übermäßig hoch empfunden.

Das erste Rahmenabkommen

Sowohl die Niederländische Zentralbank als auch das Zentrale Planbüro plädierten für eine Phase der Lohnmäßigung im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Senkung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus sei die Dämpfung der Inflation notwendig, um das Vertrau-

en der internationalen Anleger in den Gulden zu erhalten. Beide Institutionen wiesen auf die Vorteile einer Herabsetzung der Mehrwertsteuer im Kampf gegen die Teuerung hin.

Mitte November 1992 vereinbarten die Vertreter der Gewerkschaftsbünde und der Arbeitgeberorganisationen im Rahmen der paritätisch besetzten Arbeitsstiftung (Stichtung van de Arbeid) einen Satz von sozial- und wirtschaftspolitischen Richtlinien für 1993, der strenge Empfehlungen einer Lohnmäßigung an Mitgliedsgewerkschaften und Unternehmen enthielt. Diese Vereinbarung kam unter dem Druck der Regierung zustande, die auf einen Lohnstopp drängte und sogar eine staatlich verordnete Lohnregelung angedroht hatte. Um die Inflation zu bremsen und den Abschluß einer Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, hatte die Regierung bereits im Oktober den allgemeinen Mehrwertsteuersatz um 1 Prozentpunkt herabgesetzt. Auf der Basis der Wirtschaftsprognosen des Zentralen Planungsbüros einigten sich die Vertragsparteien auf folgende Kernpunkte, die sich auf die niederländische Wirtschaft im Jahr 1993 beziehen:

- Die Inflation wird um 1,25 Prozentpunkte geringer als erwartet ausfallen. Diese Einschätzung bietet die Möglichkeit, die Steigerung der Bruttogehälter zu dämpfen, ohne daß die Beschäftigten in den Nettoeinkommen schlechtergestellt würden
- Die Vertragspartner nehmen zur Kenntnis, daß die Regierung die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Jahr 1993 verringert, sodaß die Nettoeinkommen in jenem Ausmaß erhöht werden, das einer Steigerung der Bruttoeinkommen um 1,25% entspricht.
- Das Wirtschaftswachstum wird um 1,25 Prozentpunkte geringer ausfallen als bisher erwartet

Dieses umfassende wirtschaftspolitische Paket verknüpfte Steuer- und Einkommenspolitik miteinander und erforder-

Die Wirtschaftsentwicklung in den Niederlanden

Übersicht 1

Hauptergebnisse

	1991	1992	1993	1994	1995
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt real	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 3%	+ 2½
Privater Konsum, real	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,9	+ 1	+ 1¼
Private Brutto-Anlageinvestitionen	+ 4,5	- 0,5	- 5,5	- 2½	+ 6
Warenexporte (ohne Energie)					
real	+ 5,3	+ 2,3	- 0,1	+ 3%	+ 5%
Warenimporte, real	+ 4,4	+ 1,6	- 1,2	+ 2½	+ 4½
Handelsbilanzsaldo Mrd. hfl	+ 14,6	+ 13,1	+ 17,5	+ 20	+ 22½
Zinssatz, zehnjährige					
Regierungsanleihen In %	+ 8,7	+ 8,1	+ 6,4	+ 6	+ 6
Preise und Löhne					
Tarifföhne, privater Sektor	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,2	+ 2	+ 1½
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer, privater Sektor	+ 4,4	+ 4,5	+ 3,2	+ 2½	+ 1½
Verbraucherpreise, neuer Index	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,6	+ 2%	+ 2%
Arbeitslosenquote laut OECD-Definition	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,8	+ 8,8	+ 8,9
Beschäftigung In 1 000	+ 124	+ 8	+ 22	- 8	+ 59

te, daß die Sozialpartner eine Mäßigung des Lohnanstiegs in der Lohnrunde 1993 empfahlen; damit sollten Ressourcen für Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose, Frauen, ethnische Minderheiten und für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie für die Vermeidung von Arbeitsunfähigkeit freigemacht werden (*European Industrial Relations Review*, 1992)

Das Abkommen rief die Tarifpartner dazu auf, Kollektivverträge, die vor dem 1. März 1993 abliefen, bis zu diesem Datum zu verlängern. Neue Kollektivverträge sollten auf die geänderten Prognosen für Wirtschaftsentwicklung, Inflation und Steuerbelastung Rücksicht nehmen. Weiters wurden die Tarifpartner aufgefordert, Zweijahresverträge, die bereits 1992 abgeschlossen worden waren, im Lichte des Rahmenvertrags zu revidieren.

Der Rahmenvertrag legte allgemeine Richtlinien fest, überließ aber den einzelnen Verhandlungsgruppen die konkrete Implementierung. Die Empfehlungen stießen bei vielen Arbeitnehmergruppen auf Widerstand. Manche Gewerkschaften kündigten an, Lohnerhöhungen zumindest im Ausmaß der prognostizierten Inflationsrate für 1993 (2,5%) fordern zu wollen. Jene Arbeitnehmergruppen, die schon im Jahr 1992 — vor dem Appell zur Lohnmäßigung — Tarifverträge vereinbarten hatten, verwiesen auf die Kraft der schon abgeschlossenen Verträge.

Im wesentlichen brachte der Rahmenvertrag zur Lohnmäßigung zu Beginn des Jahres 1993 eine Lohnpause von 2 Monaten. Während dieser Zeit lief ein Großteil aller Kollektivverträge aus. Darunter waren die zwei größten Gruppen, die Beschäftigten in der Eisen- und Metallindustrie und im Baugewerbe; andere Gruppen umfassen die Beschäftigten im Banken- und Versicherungssektor sowie große Unternehmen wie Unilever und Heineken.

Die in den Tarifverträgen vereinbarten Lohnerhöhungen wurden im Laufe des Jahres rasch geringer. Während die im Jahr 1992 abgeschlossenen Tarifvereinbarungen Lohn-

erhöhungen von durchschnittlich 4,6% vorsahen, waren die Anhebungssätze in den Verträgen, die nach der Pause von Jänner und Februar geschlossen wurden, nur noch rund halb so hoch, etwa 2,3%. In den Folgemonaten, als sich die Inflation verlangsamte und im Juni 1993 nur 2,1% betrug, verringerten sich die kollektivvertraglich vereinbarten Sätze weiter. In einigen Dienstleistungsbereichen fielen sie sogar unter die Inflationsrate.

Beschränkter Erfolg der Stabilisierungsmaßnahmen

Die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne und -gehälter im Jahresdurchschnitt 1993 fiel jedoch bedeutend höher aus, da für einen erheblichen Teil der Beschäftigten Lohnerhöhungen noch im Jahr 1992 vereinbart worden waren, bevor das Ausmaß der Verschlechterung der Wirtschaftslage, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, die preisdämpfenden Effekte der Aufwertung des Guldens im Herbst 1992 und der Verringerung der Mehrwertsteuer offenkundig wurden. Selbst in manchen jener Bereiche, die neue Tarifverträge abschlossen, wirkten Bestimmungen aus früheren Verträgen nach. Dazu kam der Basiseffekt im Vorjahresvergleich, sodaß die Tarifföhne im privaten Sektor um 3¼% stiegen.

Auf der Kostenseite standen überdies eine schwach positive Lohndrift im Ausmaß von ¼ Prozentpunkt sowie eine Herabsetzung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber um ¼ Prozentpunkt, sodaß die Kostenbelastung um insgesamt 3¼% stieg. Die Lohnentwicklung in der Industrie entsprach weitgehend jener in der gesamten Privatwirtschaft.

In ihrer Funktion als Arbeitgeber bestand die Regierung auf einer drastischen Senkung der Lohnsteigerungsrate im öffentlichen Dienst. Die Lohnvereinbarung zwischen dem öffentlichen Dienst und den Beschäftigten in diesem Sektor Ende 1992 sah entsprechend dem Rahmenvertrag zwischen den Sozialpartnern eine Anhebung der Gehälter um nur 1% vor. Als jedoch die Tarifverträge im privaten Sektor Erhöhungssätze enthielten, die über den Richtlinien lagen, setzten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Wiederaufnahme der Verhandlungen durch. Mit Wirkung vom 1. April 1993 wurden die Gehälter um 1¼% angehoben. Gleichzeitig wurde ein Lohnstopp für das Jahr 1994 vereinbart¹⁾

Die Verschlechterung des Wirtschaftsklimas und der Aussichten für 1993, die Herabsetzung der Inflationsprognose (Senkung der Mehrwertsteuer, Aufwertung des Guldens und die Lohndämpfung selbst) sowie die von der Regierung eingeleiteten Begleitmaßnahmen, die die Auswirkungen der Lohnmäßigung auf die Nettoeinkommen verminderten oder sogar aufhoben, verlangsamten freilich den Lohnauftrieb. Die Steigerungsrate von 3¼% war damit geringer, als ursprünglich — im Frühjahr und Sommer 1992 — erwartet worden war. Dennoch entsprach diese Erhöhung nicht den Empfehlungen der Regierung und der Sozialpartner, vor allem weil es nicht gelungen war, die Tarifpartner zu einer Revision von schon ausgehandelten Tarif-

¹⁾ Darüber hinaus wurde als Teil der Bemühungen um Budgetkonsolidierung die Beschäftigung im öffentlichen Dienst seit 1990 um fast 4% verringert.

verträgen zu bewegen. Im Interesse einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit war im Maßnahmenpaket eine durchschnittliche Steigerung von nur 1% im Jahr 1993 eingeplant worden. Gemessen an dieser Zielvorgabe wurden die Lohnerhöhungen von der Regierung und den Arbeitgebern als zu großzügig eingeschätzt.

Die Regierung vertrat daher weiterhin — angesichts der düsteren Beschäftigungsaussichten und der wahrscheinlichen Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und Bezieher einer Arbeitsunfähigkeitrente in verstärktem Maß — die Meinung, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor einer Anhebung der Einkommen haben sollte.

Das zweite Rahmenabkommen

Unter dem Eindruck einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes — die Prognosen ließen für 1994 die höchste Arbeitslosenquote in der Nachkriegszeit erwarten — verfolgte die Regierung in der zweiten Jahreshälfte eine noch restriktivere Linie und schlug den Sozialpartnern einen Solidaritätspakt vor, der Maßnahmen zur Expansion der Beschäftigung und einen Lohnstopp vorsah. Falls ein solcher Rahmenvertrag nicht zustande käme, drohte die Regierung Notstandsmaßnahmen mit einem gesetzlichen Lohnstopp an. Am 3. November 1993 vereinbarten die Vertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Arbeitsstiftung einen Rahmenvertrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Dämpfung des Lohnkostenanstiegs. Nachdem eine Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern mit dem Titel „Ein Programm für Tarifverhandlungen 1994 in mittelfristiger Sicht“ zustande gekommen war, zog die Regierung die Gesetzesvorlage zur Lohnregelung zurück (*European Industrial Relations Review*, 1993).

Das Sozialpartnerabkommen versucht Lohnrichtlinien aufzustellen, die der ungünstigen Wirtschaftslage, der verschlechterten Gewinnsituation und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der niederländischen Wirtschaft angemessen sind, und kommt zum Schluß, daß die Möglichkeiten für Lohnerhöhungen in den meisten Sektoren und Unternehmen extrem beschränkt und in einigen Fällen sogar Null seien. Nach Ansicht der Sozialpartner sollte sich die weitere Mäßigung des Lohnauftriebs nicht nur auf neu zu verhandelnde, sondern auch auf schon bestehende Kollektivverträge beziehen. Dies bedeutet eine Aufforderung an die Tarifpartner, schon abgeschlossene Verträge neu zu verhandeln²⁾.

Neben Aussagen zur Dämpfung der Lohninflation enthält der Rahmenvertrag auch Empfehlungen, die Lohnerhöhungen differenzierter, stärker auf die wirtschaftliche Lage der Sektoren und Unternehmen ausgerichtet zu gestalten, die Entlohnungssysteme zu flexibilisieren und mehr von der Möglichkeit der Gewinnbeteiligung Gebrauch zu machen. Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit solle vorschreiten.

Im Gegenzug für diese Zugeständnisse der Gewerkschaften verpflichteten sich die Arbeitgeber, ihre Anstrengungen in der Berufsausbildung und in der Schaffung von Arbeitsplätzen zu verstärken. Darüber hinaus soll die betriebliche Mitbestimmung — sowohl durch einzelne Arbeitnehmer als auch durch Betriebsräte und Gewerkschaften — gestärkt werden.

Um die Lohndämpfungsmaßnahmen zu unterstützen, gleichzeitig die Budgetkonsolidierung zu erleichtern und die Arbeitsanreize zu erhöhen, verfügte die Regierung, mit Zustimmung des Sozialökonomischen Rates, das Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohnes und der Sozialversicherungszahlungen.

Mit einer Reihe von flankierenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Besteuerung, Sozialversicherung und Subventionen versucht die Regierung die Beschränkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer, vor allem aber der Bezieher von Mindestlöhnen und von Sozialversicherungsleistungen, zu dämpfen und die sozialen Lasten weit zu streuen. Eine dieser Maßnahmen ist wie im vorhergehenden Jahr die Anhebung des Lohnsteuerfreibetrags für Beschäftigte wie auch für Bezieher von Sozialleistungen.

Die Auswirkungen des Rahmenvertrags auf die Lohninflation dürften beschränkt sein, da die Lohnmäßigung durch eine Verstärkung der Lohndrift zum Teil aufgehoben wird. Analysen des Zentralen Planbüros auf der Grundlage früherer Eingriffe in den Lohnbildungsprozeß ergeben, daß im Falle eines Lohnstopps zwar die Tariflöhne und -gehälter um 1½% schwächer steigen dürften, daß aber ohne Eingriff in die Lohnbildung die Lohndrift in den folgenden zwei Jahren wesentlich geringer ausfiele. Positive Auswirkungen auf die Beschäftigung sind jedoch zu erwarten (*Central Planning Bureau*, 1993).

Für das Jahr 1994 wird eine weitere Verringerung der in den Kollektivverträgen vereinbarten Lohnsteigerungen auf rund 2% erwartet. Dennoch dürften die Pro-Kopf-Einkommen um 2½% zunehmen. Für 1995 scheint eine weitere Dämpfung des Lohnauftriebs auf 1,5% wahrscheinlich. Die Lohnentwicklung in der Industrie könnte 1994 etwas schwächer ausfallen, 1995 jedoch, wenn sich die Konjunktur wieder belebt, etwas stärker.

Die Entwicklung der Inflation im einzelnen

Langfristig wird die Inflation in vereinfachter Sicht von der Entwicklung der Lohnkosten sowie der Preise importierter Güter und Dienstleistungen bestimmt. Kurzfristig jedoch — hierfür ist die Entwicklung der Preise in den Niederlanden ein gutes Beispiel — spielen institutionelle Faktoren wie Steuerveränderungen oder die Anhebung von Gebühren eine wichtige Rolle — umso mehr, wenn die Teuerungsrate sehr gering ist und die Marke von 3% kaum übersteigt. Daneben können die konkrete Gewichtung des

²⁾ Dies ist ein wichtiger Punkt im niederländischen Lohnbildungsprozeß: Für neun von zehn Beschäftigten im privaten Sektor, für die es Kollektivverträge gibt, sehen Bestimmungen in Kollektivverträgen aus früheren Jahren bereits Lohnerhöhung von 2% für 1994 vor; damit stehen für den privaten Sektor Lohnerhöhungen im Ausmaß von 1½% bereits fest.

Preisindex, hier des Verbraucherpreisindex, bzw. Änderungen der Gewichtung Einfluß haben

Die erste Zeile zeigt (mit einem Gewicht von 0,33) die Auswirkungen der Importpreise: Nach einem positiven Effekt folgen zwei Jahre mit einem negativen Effekt; darin spie-

Langfristig wird die Inflation in vereinfachter Sicht von der Entwicklung der Lohnkosten sowie der Preise importierter Güter und Dienstleistungen bestimmt. Kurzfristig jedoch — hierfür ist die Entwicklung der Preise in den Niederlanden ein gutes Beispiel — spielen institutionelle Faktoren wie Steuerveränderungen oder die Anhebung von Gebühren eine wichtige Rolle — umso mehr, wenn die Teuerungsrate die Marke von 3% kaum übersteigt. Daneben können die konkrete Gewichtung des Preisindex, hier des Verbraucherpreisindex, bzw. Änderungen der Gewichtung Einfluß haben.

geln sich der Rückgang der Rohstoffpreise in den letzten Jahren und die Aufwertung des Guldens Ende 1992. Die zweite Zeile gibt den positiven Beitrag der Erhöhung von indirekten Steuern und Verbrauchsteuern wieder, die in den Niederlanden teilweise zur Entlastung des Budgets, teilweise in Anpassung an die EU-Regeln, teilweise aus Gründen des Umweltschutzes erfolgte. Die Herabsetzung der Mehrwertsteuer von 18½% auf 17½% im Oktober 1992 — mit dem Ziel der Preisstabilisierung — wurde rasch an die Konsumenten weitergegeben und dürfte die Inflationsrate in den Jahren 1992 und 1993 um rund 0,4 Prozentpunkte ermäßigt haben. Auch Schwankungen in der Erhöhung von Mieten (zu einem guten Teil noch unter staatlicher Preiskontrolle bzw. subventioniert) sowie von Gebühren bestimmten in einem erheblichen Ausmaß die Entwicklung der Inflationsrate.

Abschließende Bemerkungen

Die Entwicklung der Inflation in den letzten Jahren hat gezeigt, daß — zumindest für jedes Land allein betrachtet — außenwirtschaftliche Einflüsse, hauptsächlich in der Form steigender Einfuhrpreise, die Preisentwicklung entschei-

Beitrag zum Anstieg der Verbraucherpreise in den Niederlanden Übersicht 2

	Gewicht	1987/ 1990	Beitrag in Prozentpunkten				
			1991	1992	1993	1994	1995
Importe	0,33	+0,1	+0,6	-0,3	-0,4	+ ½	+1
Indirekte Steuern und							
Gas	0,03	-0,3	+0,4	+0,2	+0,0	+ ¼	+ ¼
Mieten	0,13	+0,3	+0,6	+0,7	+0,8	+ ¾	+ ¾
Gebühren und Tarife	0,18	+0,4	+1,2	+0,1	+0,5	+ ½	+ ½
Lohnstückkosten	0,33	-0,1	+1,3	+1,4	+1,1	+ ½	- ¼
Verbesserung der Gewinnspanne ¹⁾		+0,7	-0,6	+0,9	+0,2	±0	+ ½
Verbraucherpreis	1,00	+1,0	+3,4	+3,0	+2,1	+2¼	+2½
Bereinigt ²⁾		+0,8	+3,1	+3,2	+2,6	+2¾	+2¾
Ohne medizinische Leistungen		+0,9	+2,6	+2,4	+2,2	+2¼	+2½

Q: Zentrales Planbüro, Den Haag. — ¹⁾ Einschließlich Abschreibung und Zinskosten. — ²⁾ VPI ohne Auswirkungen von Veränderungen der indirekten Steuern und Verbrauchsteuern.

Die Revision des Verbraucherpreisindex

Die Frage, wieweit eine Beschleunigung der Inflation durch konjunkturelle Komponenten oder durch Elemente, deren Preisbewegung direkt vom Weltmarkt her bestimmt ist (wie etwa Energie), institutionell oder politisch determiniert ist, stellt sich in allen Ländern. Ihr kommt in den Niederlanden in den letzten Jahren jedoch eine besondere Bedeutung zu.

Bis Ende 1993 wurde der Verbraucherpreisindex mit der Basis 1985 verwendet. Die Position „Medizinische Leistungen“ hatte in diesem Index ein Gewicht von 11,4% und erfaßte alle medizinischen Leistungen, gleichgültig ob sie im Rahmen der Sozialversicherung erbracht (und damit schon in den Sozialversicherungsabgaben berücksichtigt) wurden oder nicht. Diese Art der Doppelzählung wird im neuen Index vermieden; die Position „Medizinische Leistungen“ bezieht sich nunmehr nur auf nicht versicherte Leistungen und hat ein Gewicht von 0,6%.

Anfang 1991 wurden die Tarife der Krankenhäuser kräftig hinaufgesetzt, um die Defizite dieser Anstalten zu verringern. Kraft des starken Gewichtes der medizinischen Versorgung erhöhte sich die Inflationsrate aufgrund dieser Maßnahme um 0,6 Prozentpunkte. Sie betrug 3,9% statt 3,3% ohne medizinische Versorgung. Seitdem wurde der VPI häufig mit und ohne die Position „Medizinische Versorgung“ angeführt. 1992 betrug der Unterschied nur noch 0,4 Prozentpunkte (Übersicht 2).

Der neue Verbraucherpreisindex auf Basis 1990, der seit Anfang 1994 offiziell die Inflationsrate mißt, weist außer der Neugewichtung und der angeführten Änderung bezüglich der medizinischen Versorgung eine weitere Neuerung auf: Für „verbrauchsbezogene Abgaben“ und Gebühren der Hoheitsverwaltung wurde eine eigene Gruppe mit einem Gewicht von 3,7% eingeführt. Sie umfaßt Positionen wie Gebühren für die Ausstellung eines Reisepasses und eines Führerscheins, lokale Abgaben wie Gebühren für die Müllabfuhr sowie Tarife für die Erziehung und Ausbildung. Die Preise in dieser Gruppe stiegen in den letzten Jahren weit überdurchschnittlich, von 1990 bis 1993 um 8,4% pro Jahr gegenüber +2,9% pro Jahr im Durchschnitt aller Verbraucherpreise.

Warengruppen wie Bekleidung, Schuhe, Möbel und Fahrzeuge (Pkw), die in Österreich Inflationsraten von 3% bis 3½% aufwiesen, verteuerten sich in den Niederlanden schwächer (Übersicht 3).

Der neue Verbraucherpreisindex weist etwa seit Jahresmitte 1993 erheblich höhere Vorjahresveränderungsraten aus als der Index mit der Basis 1985¹⁾. Für das gesamte Jahr 1994 wird eine Inflationsrate von 2¼% erwartet. Dieselbe Rate wird auch für 1995 prognostiziert.

¹⁾ Die wichtigsten Gründe hierfür sind die Erhöhung der Gewichte für Dienstleistungen sowie, hauptsächlich kurzfristig relevant, ein leichter Rückgang der Preise von Krankenhausleistungen, der sich im alten Index mit einem großen Gewicht niederschlug, sowie der kräftige Anstieg in der neu eingeführten Gruppe der Abgaben und Gebühren.

dend beeinflussen. Die Erfahrung aus diesen Jahren lehrt aber auch, daß hier große Spielräume bestehen. Insbesondere die Lohnbildung, deren Ergebnis die Lohnkostentwicklung ist, hat ein starkes autonomes Element. Hier gilt es, in den Preis-Lohnbildungsprozeß zum richtigen Zeitpunkt einzugreifen. Dies scheint der niederländischen Wirtschaftspolitik weitgehend gelungen zu sein.

Verbraucherpreisindex — neue Definition Übersicht 3
1990 = 100

	Gewichte in %	1991 1992 1993 Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ernährung Getränke und Tabakwaren	18,0	+3,4	+2,6	+ 0,8
Mieten und verwandte Kosten				
Beleuchtung und Beheizung	26,1	+4,9	+3,9	+ 3,5
Bekleidung und Schuhe, einschließlich Reparaturen	7,2	-2,7	+0,3	+ 1,5
Wohnungseinrichtung Hausrat, einschließlich Reparaturen und Haushaltsdienste	8,0	+2,4	+2,5	+ 1,0
Medizinische Leistungen	0,6	+2,9	+6,5	+ 4,1
Verkehr und Kommunikation	14,4	+3,5	+3,3	+ 2,6
Fahrzeuge	4,7	+2,6	+4,3	+ 1,4
Bildung und Freizeit	10,7	+1,1	-0,5	+ 2,0
Sonstige Güter und Dienstleistungen (wie Urlaubsausgaben, Finanzdienstleistungen)	11,3	+3,0	+4,0	+ 2,7
Abgaben, Gebühren und Tarife (wie Gebühren für Paß, Führerschein, Ausbildungsgebühren Müllabfuhr)	3,7	+7,6	+8,6	+10,2
Insgesamt	100,0	+3,1	+3,2	+ 2,6

Im Herbst 1992 erleichterte die niederländische Regierung die Erreichung des Zieles der Lohn- und Preisstabilisierung, indem sie eine Preissenkungsaktion durch Herabsetzung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes einleitete. Diese Vorleistung war ein Kernpunkt eines gesamtwirtschaftlichen Prognose- und Maßnahmenpaketes, das es unter Berücksichtigung der verschlechterten Wirtschaftsaussichten ermöglichte, die Interdependenz zwischen Preis- und Lohnauftrieb zu nützen und die gefürchtete Aufwärtsdrehung der Preis-Lohn-Spirale in das Gegenteil zu verkehren. Auch unter dem Gesichtspunkt der sozialpolitischen Akzeptanz ging das Programm der Lohnmäßigung, das ja im allgemeinen schwache Einkommensgruppen am empfindlichsten trifft auf solche Bedenken ein, indem u a gewisse Sozialversicherungsbeiträge sowie die Freibeträge der Lohnsteuer erhöht, die durch die Inflation verstärkte Progression jedoch nicht gemildert wurde.

Auch als Arbeitgeber suchte der Staat die Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilisierungspaketes zu unterstützen, indem er den Beschäftigten im öffentlichen Sektor nur Lohnsteigerungen zugestand, die den vereinbarten Lohnleitlinien weitgehend entsprachen.

Das zweite Maßnahmenpaket vom Herbst 1993 folgte ebenfalls diesen Grundsätzen. Mit diesen beiden — im Grunde einkommenspolitischen — Programmen gelang

es, die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale zu bannen und einen Schritt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu tun. Diese Wende wurde ohne Einsatz einer verschärften Fiskal- und Geldpolitik erreicht. Freilich war der Druck, der von der hohen Arbeitslosenquote ausging, sehr groß. Dem Streben der Sozialpartner, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen, die der Lohnmäßigung eine wichtige Rolle in der Belebung der Wirtschaft zuschreibt, war sicher die Erfahrung aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dienlich: Die seit 1993 verfolgte Politik der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Lohnzurückhaltung konnte in weiten Kreisen auf Zustimmung stoßen.

Wenn die Stabilisierung des internen Geldwertes — der äußere Wert des Guldens wurde während der Währungsturbulenzen nie in Frage gestellt — nicht im ersten Schritt gelang, sondern es zweier Maßnahmenpakete bedurfte, so waren wohl hauptsächlich institutionelle Eigenheiten der Lohnbildung in den Niederlanden dafür verantwortlich: eine Vielzahl von Tarifverträgen mit zwei- bis dreijähriger Laufzeit. Als das Maßnahmenpaket vom Herbst 1992 beschlossen wurde, war bereits ein erheblicher Teil der Lohnerhöhungen für 1993 aus vorangegangenen Lohnabschlüssen vorherbestimmt, und es schien kaum möglich, bereits abgeschlossene Kollektivverträge zu revidieren. Eine ähnliche Situation herrschte Ende 1993.

Hier erweist sich die Praxis der österreichischen Tarifpartner, im Jahresabstand Kollektivverträge abzuschließen, als Vorteil. Sie erlaubt, rasch auf geänderte wirtschaftliche Bedingungen zu reagieren. Dank der Konzentration der Mehrheit der Kollektivvertragsverhandlungen auf die Herbstlohnrunde, also einen relativ kurzen Zeitraum, können die wichtigsten Arbeitnehmergruppen in die Entscheidungen eingebunden und jene Probleme, die sich aus der zeitlichen Festlegung von Anfang und Ende etwa eines Stillhalteabkommens ergeben, vermieden werden.

Literaturhinweise

Central Planning Bureau: Macroeconomic Outlook The Netherlands 1994 Den Haag 1993
 European Industrial Relations Review 1992 (227)
 European Industrial Relations Review 1993 (239)
 Mesch M: „Einkommens- und Wirtschaftspolitik in den Niederlanden 1976-1990“ Wirtschaft und Gesellschaft 1991 17(4) S 459-485
 OECD: Economic Surveys: Netherlands 1992-1993 Paris 1993 S 48-49